

# SVP des Kantons St. Gallen

## Jahresberichte 2015



---

## Präsidentenbericht 2014/2015 der SVP des Kantons St.Gallen

Geschätzte Delegierte, geschätzte SVP-lerinnen und SVP-ler

Mit etwas gemischten Gefühlen trage ich euch meinen vierten und letzten Präsidentenbericht für das Parteijahr 2015/2016 vor. Zum einen bewegen mich natürlich noch immer die Ereignisse der letzten Wochen und Monate, zum anderen freue ich mich sehr auf die „Zeit nach der Politik“ und insbesondere auf die damit verbundene Freizeit und Freiheit. Doch dazu später mehr.

Ich erlaube mir, der Tradition folgend in verschiedenen Themenbereichen auf das vergangene Jahr zurückzublicken. Einen Ausblick auf die kommenden Monate und die Zukunft der SVP St. Gallen wird euch dann nach seiner Wahl sicher mein Nachfolger geben.

### Nationale Ebene

Trotz Frankenstärke, Flüchtlingswelle und Islamdiskussion dominiert noch immer ein Thema die politische Agenda wie kein anderes: die Auswirkungen der Abstimmung über die Masseneinwanderungs-Initiative der SVP. Es bleibt dem Bundesrat noch ein knappes Jahr Zeit, um den Volksentscheid umzusetzen und die Zuwanderung in unser Land wieder wirtschaftsverträglich und eigenständig zu regeln. Eine Lösung ist nach meiner Wahrnehmung noch nicht absehbar. Dennoch gibt es, darüber staune ich immer wieder, viele die zu wissen glauben, dass die Umsetzung der MEI für die Schweiz ausschliesslich negative Auswirkungen haben wird. Oft wird diese Initiative sogar schon jetzt dafür verantwortlich gemacht, wenn irgendwo Arbeitsplätze abgebaut werden oder Firmen in wirtschaftliche Schräglage geraten. Dabei, daran sei an dieser Stelle wieder einmal erinnert, ist die Umsetzung der MEI noch gar nicht erfolgt.

In Wahljahren wie dem Jahr 2015 finden auf nationaler Ebene üblicherweise wenige wichtige Sachabstimmungen statt. So war es auch im Jahr 2015. Im Juni wurde abgestimmt über die Präimplantationsdiagnostik - die uns aufgrund des ergriffenen Referendums heute übrigens wieder beschäftigt - die Stipendieninitiative und die Erbschaftssteuerreform der Linken sowie über die Radio- und Fernsehgebühren. Letztere wurde mit dem äusserst knappen Ergebnis von 50.08% oder gerade mal 3'649 mehr Ja- als Nein-Stimmen angenommen.

Vor allem aber war das Jahr 2015 wie gesagt ein Wahljahr. Die im Hinblick auf die Zusammensetzung des Bundesrats von vielen Medien als „Schicksalswahlen“ titulierten National- und Ständeratswahlen kannten eine grosse Gewinnerin: die SVP. Zwar waren die Ergebnisse bei den Ständeratswahlen für uns bescheiden, im Nationalrat erreichte die SVP mit 29.4 % und 11 Sitzgewinnen schweizweit aber einen historisch einmaligen Wert. Dasselbe Bild zeigte sich in unserem Kanton, wo wir nicht nur unsere vier Sitze verteidigen, sondern mit Barbara Keller-Inhelder sogar einen Sitz dazu gewinnen konnten. Diese Ergebnisse sind Ausdruck der bürgernahen und verlässlichen Politik, welche die SVP in den vergangenen Jahren betrieben hat. Dafür danke ich unseren fünf Nationalräten Toni Brunner, Roland Rino Büchel, Thomas Müller, Lukas Reimann und neu auch Barbara Keller-Inhelder im Namen unserer Kantonalpartei und ihrer Mitglieder ganz herzlich - macht weiter so. Doch bedanken möchte ich mich nicht nur bei den Gewählten, sondern bei allen, die sich für die Wahl zur Verfügung gestellt haben.

### Kantonale Ebene

Zu Beginn meiner Ausführungen zu diesem Themenkreis möchte ich meiner Freude Ausdruck verleihen, dass die SVP im laufenden letzten Jahr der Legislatur mit Markus Straub den Kantonsratspräsidenten stellen konnte. Mit seiner glanzvollen Wahl in dieses Amt und einem von allen Seiten anerkennend gelobten Präsidialjahr hat Markus Straub seine lange politische Karriere, in der er stets die Anliegen der SVP und unseres Kantons vertreten hat, gekrönt. Ich danke Markus Straub ganz herzlich für sein langjähriges Engagement für die SVP und für unseren Kanton.

An Sachvorlagen war für uns auf kantonaler Ebene natürlich vor allem die Abstimmung über die Reduktion des Pendlerabzugs von grosser Bedeutung, hat doch die SVP alleine das Referendum dagegen ergriffen und mit 6'745 Unterschriften eingereicht. Es ist für uns zwar betrüblich, dass sich bei der Volksabstimmung 51.3% der Stimmenden für diese verdeckte Steuererhöhung für 60'000 St.Gallerinnen und St.Galler, vornehmlich aus den ländlichen Regionen, ausgesprochen haben. Dennoch wird dieses Ergebnis die SVP nicht davon abhalten, sich weiter gegen staatliche Eingriffe in die Privatsphäre von uns Bürgern und gegen weitere Steuern und Abgaben zu engagieren.

Bei den Kantonalen Wahlen vom 28. Februar 2016 konnte, sicher was die Parlamentswahlen betrifft, nahtlos an den Erfolg der Nationalratswahlen angeknüpft werden. Ab dem kommenden 1. Juni wird die SVP wieder, wie bereits in den Jahren 2008 bis 2012, mit einer 40-köpfigen Fraktion im Kantonsrat vertreten sein, wozu ich allen Gewählten ganz herzlich gratuliere. Der grosse Vorteil der Mandatsgewinne bei den Kantonsratswahlen liegt auch darin, dass die SVP künftig alleine das Ratsreferendum, für das 40 Stimmen nötig sind, ergreifen kann. Auch wenn dieses Instrument nur gezielt eingesetzt wird, ist allein schon die Möglichkeit, eigenständig und ohne die Unterstützung durch andere Parteien eine Volksabstimmung erwirken zu können, in politischen Fragen oft Gold wert.

Sehr erfreulich war am 28. Februar natürlich auch die ausgezeichnete Wiederwahl von Stefan Kölliker als Regierungsrat, dem ich an dieser Stelle nicht nur zu seiner Wiederwahl ganz herzlich gratuliere, sondern dem ich auch für die enorme Unterstützung während des Regierungswahlkampfes ganz besonders danken möchte. Nachdem er vor vier Jahren noch stark im Gegenwind gestanden hat, insbesondere von Seiten eines Teils der Lehrerschaft, hat seine pragmatische und seriöse Arbeit spätestens in seiner zweiten Amtsdauer alle Kritiker verstummen lassen.

Und beim Thema „Kritiker“ komme ich zum Schluss meines Jahresberichts nochmals kurz auf meine persönliche Situation zu sprechen. Die meisten von euch kennen mich seit vielen Jahren und ihr wisst, dass ich nie einer politischen Diskussion aus dem Weg gegangen bin. Auch oder erst recht dann nicht, wenn jeweils alle gegen die SVP waren. Ich hätte dieses Engagement für die SVP gerne in der Regierung fortgesetzt. Denn „Baustellen“ gibt es dort wahrlich mehr als genug. Das weiss ich nach acht Jahren im Kantonsrat, das weiss ich nach sechs Jahren in der Staatswirtschaftlichen Kommission und das weiss ich nach vier Jahren als Präsident einer Partei, die wegen ihres Erfolgs weit öfter bekämpft als unterstützt wird. Doch dies wird nicht sein. Denn ein kleines Grüppchen hat es sich zum Ziel gesetzt, die Wahl eines zweiten SVP-Regierungsrats und insbesondere meine Wahl zu verhindern. Weil sie dies mit politischen Mitteln in einer offen geführten Diskussion niemals geschafft hätten, wurde das Ziel mit feigen und hinterhältigen Verleumdungen und Lügen verfolgt. Viele von euch werden sich sicher gefragt haben, warum ich inhaltlich nie zu den Vorwürfen Stellung genommen habe. Nun, das ist ganz einfach. Es gab zu nichts Stellung zu nehmen. So wie ich mir politisch nie etwas habe zu Schulden kommen lassen, so habe ich mir auch in meinem persönlichen und geschäftlichen Leben nie etwas zu Schulden kommen lassen, wofür ich mich hätte rechtfertigen oder gar entschuldigen müssen. Doch anders als für erfundene und verlogene Schmutzgeschichten haben die Medien sich dafür nicht interessiert. Ich habe mich darum entschieden, insbesondere um meine Familie und mein persönliches und geschäftliches Umfeld zu schützen, die Konsequenzen zu ziehen und meine politischen Mandate aufzugeben. Ich tue dies mit erhobenem Haupt und der Gewissheit, unsere Partei, „meine SVP“, Ende Mai 2016 in einer hervorragenden Verfassung an meinen Nachfolger übergeben zu können.

Euch allen danke ich für die vielen Jahre der Wegbegleitung, der ausserordentlichen persönlichen Begegnungen und des gemeinsamen Einsatzes für unsere Partei, für unseren Kanton und für unser Land.

Alles Gute für die Zukunft!

Herbert Huser, Kantonsrat, Präsident SVP St.Gallen

---

## Jahresbericht 2015 SVP-Fraktion im Kantonsrat

### Aufgaben- und Finanzplan 2016-2018

Nach wie vor waren es die Kantonsfinanzen, welche die Sessionen während des ganzen Jahres 2015 prägten. Gleichzeitig beginnen die Entlastungspakete, die der Kantonsrat in den vergangenen Jahren beschloss, zu wirken. Vom eigentlichen Sparen ist der Kanton allerdings nach wie vor weit entfernt; lediglich das Wachstum der Ausgaben konnte gebremst werden.

Das zeigte sich unter anderem an der Februarsession bei der Beratung des Aufgaben- und Finanzplans 2016-2018. Gegen den Widerstand der SVP beschloss der Kantonsrat im Grundsatz für 2016 eine Reallohnerhöhung von 1 % für das Staatspersonal. Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Entwicklung im Laufe des Jahres nach der Aufhebung des Euro-Mindestkurses verzichtete der Kantonsrat aber bei der Budgetberatung in der Novembersession auf eine allgemeine Lohnerhöhung, die rund 10 Mio. Franken gekostet hätte.

### Begrenzung des Pendlerabzugs

Die SVP-Fraktion widersetzte sich der Begrenzung des Abzugs für Berufspendler, denn dies kommt einer indirekten Steuererhöhung gleich. Nachdem das Ratsreferendum in der Februarsession nicht zustande kam, ergriff die SVP erfolgreich das Volksreferendum. Die St.Galler Stimmbevölkerung sprach sich allerdings in der Volksabstimmung vom 15. November für die Begrenzung aus.

### Rechnung 2014

Die Staatsrechnung schloss fast 54 Millionen Franken besser ab als erwartet. Trotzdem bleibt ein Defizit von 52 Millionen, das nur dank Bezügen aus dem Eigenkapital schlussendlich mit knapp 22 Millionen in der Rechnung erscheint. Gegen den Willen der SVP-Fraktion beschloss der Kantonsrat, einen Teil der möglichen Gewinne der Nationalbank, die an die Kantone ausgeschüttet werden, zu budgetieren.

### Budget 2016

Der Kantonsrat genehmigte das Budget 2016 mit einem Aufwand von 4.93 Milliarden und Erträgen von 4.9 Milliarden Franken. Nach mehreren erfolgreichen Kürzungsanträgen im Kantonsrat, die von der SVP-Fraktion eingebracht, bzw. unterstützt wurden, konnte das geplante Defizit von 33.7 Millionen Franken auf 30,9 Millionen Franken reduziert werden.

Gleichzeitig wurde die Regierung beauftragt, einen Bericht über die Umsetzung der bisherigen Spar- und Massnahmenpakete zu verfassen.

### Verbesserung der öffentlichen Sicherheit

Die SVP-Fraktion unterstützte den Antrag der Regierung, gestaffelt über mehrere Jahre insgesamt 60 neue Stellen für die Kantonspolizei und für Sicherheitsassistenten für Häftlingstransporte zu schaffen. Die Fraktion lies allerdings keinen Zweifel an ihrer Erwartung, dass mit den neuen Stellen die Regionalpolizei verstärkt wird, welche die polizeiliche Grundversorgung sicherstellt.

### Gewaltentrennung bei Aufsicht und operativer Leitung

Im Rahmen der Umsetzung der Vorlage „Public Corporate Governance“ wurden systematisch die Aufsichts- und Leitungsfunktionen von Regierungsmitgliedern, die den Kanton in wichtigen Gremien vertreten, getrennt.

Damit sollen Interessenskonflikte vermieden werden, unter anderem im Gesundheitsbereich. Künftig wird das Regierungsmitglied, das dem Gesundheitsdepartement vorsteht, nicht mehr in den Verwaltungsräten der Spital- und Psychiatrieverbände Einsitz nehmen können.

### **Projektierungskredit für EXPO 2027**

Die SVP-Fraktion ergriff erfolgreich das Ratsreferendum gegen den Projektierungskredit von 5 Millionen Franken für eine Machbarkeitsstudie zur EXPO 2027, die in der Ostschweiz stattfinden soll. Damit wird sich die Stimmbevölkerung im Juni 2016 schon in einem frühen Planungsstadium für oder gegen das Projekt entscheiden können.

### **Klanghaus Toggenburg**

In erster Lesung an der Novembersession stimmte der Kantonsrat dem Projekt und damit den Baukosten von rund 19 Millionen Franken zu. Ein Rückweisungsantrag aufgrund der hohen Betriebskosten wurde vom Kantonsrat abgelehnt, ein Beitrag von 300'000 Franken für Kunst am Bau wurde jedoch gestrichen. Die grosse Mehrheit der SVP-Fraktion sprach sich gegen den Baukredit aus.

### **Neuorganisation der Parlamentsdienste**

Mit einem vom Kantonsrat genehmigten Vorstoss der SVP wurde das Ratspräsidium beauftragt, eine Botschaft zur Neuorganisation der Parlamentsdienste auszuarbeiten mit dem Ziel einer klaren Gewaltentrennung innerhalb der Staatskanzlei. Diese dient gegenwärtig sowohl der Regierung, als auch dem Kantonsrat. Schlussendlich entschied sich der Kantonsrat für eine Kompromisslösung, die eine gewisse Verbesserung mit sich bringt und Kosten verursacht, die vertretbar sind.

### **Parlamentarische Vorstösse**

Die SVP-Fraktion reichte zahlreiche Vorstösse ein. Aufgrund der aktuellen Migrationsströme stand das Asylwesen im Kanton St. Gallen im Vordergrund. Mit Interpellationen verlangte die Fraktion Auskunft über die Bereiche öffentliche Sicherheit, die Situation an der Grenze, die Integration von anerkannten Flüchtlingen und den Einbezug der Gemeinden bei der Suche nach geeigneten Unterkünften.

Der Kantonsrat stimmte einer Motion der SVP-Fraktion zu, mit der die Notengebung in der Volksschule gesetzlich verankert werden soll.

### **Personelles**

In der Junisession wurde Markus Straub mit einem hervorragenden Resultat zum Kantonsratspräsidenten 2015/2016 gewählt.

Mehrere Mitglieder der Fraktion sind im Laufe des Jahres 2015 zurückgetreten:

Markus Blum, Goldach;  
Roman Brändle, Bütschwil;  
Barbara Keller-Inhelder, Rapperswil-Jona;  
Elisabeth Schnider, Wangs;  
August Wehrli, Buchs

Ihre Nachfolge haben die folgenden Kantonsräte übernommen:

Ivan Louis, Nesslau;  
Markus Bonderer, Vättis;  
Max Luterbacher, Steinach;  
Dominic Büchler, Grabs;  
Christopher Chandiramani, Rapperswil-Jona.

Kantonsrätin Barbara Keller-Inhelder wurde am 18. Oktober 2015 in den Nationalrat gewählt.

Michael Götte, Kantonsrat, Fraktionspräsident

---

## **Jahresbericht 2015 Fachkommission SJD (Sicherheits- und Justizdepartement)**

**2015** war aus Sicht der Fachkommission SJD ein **sehr ruhiges Jahr**. So musste **keine Vernehmlassung** zu einem Geschäft aus dem Sicherheits- und Justizdepartement erarbeitet werden. Deshalb fand auch **keine Sitzung** statt getreu dem Grundsatz: „Wenn keine Sitzung notwendig ist, gibt es auch keine Sitzung, da alle Mitglieder in Beruf und Politik ausgelastet sind!“

Am **Kantonsgericht** wurde ein Ersatzrichter aus einer anderen Partei zum vollamtlichen Richter gewählt. Mit **Marcel Landolt**, Amden, der als Rechtsanwalt tätig ist, kann die SVP erfreulicherweise nun einen **zweiten Ersatzrichter** stellen.

Auch in der **Zusammensetzung** der Fachkommission gibt es nur **wenige Veränderungen**: Anstelle von Barbara Keller-Inhelder, die im Herbst 2015 ehrenvoll in den Nationalrat gewählt wurde, arbeitet nun Kantonsrat Mirco Gerig, Unterwasser, in unserer Fachkommission mit. Die weiteren Mitglieder aus der **KR-Fraktion** sind, nebst dem Unterzeichneten: René Bühler, Schmerikon, Peter Haag, Schwarzenbach und Christian Spoerlé, Ebnat-Kappel.

Karl Güntzel, Kantonsrat, Präsident Fachkommission SJD

---

## Jahresbericht 2015 Fachkommission BD (Baudepartement)

Für die Fachkommission Bau wie aber auch für die SVP Fraktion galt es 2015 die zweite Vernehmlassung zum neuen Planungs- und Baugesetz zu erarbeiten. Nach 10-jähriger Vorarbeit und einer ersten Vernehmlassung, präsentierte das Baudepartement den politischen Parteien die zweite Vorlage. Auch die SVP nahm ihre Möglichkeit wahr und reichte zu der rund 180-seitigen Botschaft ihre Stellungnahme ein. Im Grundsatz begrüßten wir die Stossrichtung eines liberalen und bauherrenfreundlichen Gesetzes. Doch zeigten wir bereits bei der Vernehmlassung unsere roten Linien auf, welche wir nicht überschreiten werden.

Aufgrund der Stellungnahmen der Parteien und Verbände verabschiedete die Regierung die nun vorliegende Botschaft, welche durch eine vorberatende Kommission an 9 Sitzungstagen besprochen wurde. Diesen Kommissionstagen gingen etliche Besprechungen und Absprachen vorweg und forderten die Mitglieder der Kommission im hohen Masse. Die Fachkommission Bau verfolgt gespannt die weiteren politischen Beratungen und hofft, dass die vorliegende Botschaft mit den Änderungsanträgen gutgeheissen wird.

Nebst dem Planungs- und Baugesetz verabschiedete die Fachkommission Bau weitere Vernehmlassungen. So stand eine Teilrevision des kantonalen Richtplans zum Thema. Auch bei dieser liess sich die SVP vernehmen. Durch das Baudepartement wurde angekündigt, dass der kantonale Richtplan einer Totalrevision unterzogen wird. Diese steht nun für das 2016 an und die Fachkommission Bau wird diese entsprechend begleiten und ihre Stellungnahme einreichen.

Leider konnte sich die Fachkommission dem geplanten Schwerpunktthema, Erhalt und Unterhalt der Kantonsgebäude, nicht widmen. Dieses Thema wird weiterhin pendent gehalten. Aufgrund des Wechsels des Vorstehers im Baudepartement wird auf eine sofortige Bearbeitung verzichtet und allenfalls mit der neuen Führungsperson in Kontakt getreten.

Auch im 2015 wurden verschiedene Vorstösse im Bereich des Baudepartements eingereicht. Interessierte können diese auf der Homepage des Kantonsrates nachlesen.

Zu guter letzt möchte ich mich bei den Mitgliedern der Fachkommission für ihre Unterstützung und Mitarbeit bedanken. Ich wünsche allen ein erfolgreiches 2016.

Marcel Dietsche, Kantonsrat, Fraktionsvizepräsident, Präsident Fachkommission BD

---

## Jahresbericht 2015 Fachkommission BLD (Bildungsdepartement)

Das Jahr 2015 war für die bildungspolitische Landschaft im Kanton St. Gallen ein sehr bewegtes Jahr. Themen wie beispielsweise der neue Berufsauftrag der St. Galler Volksschullehrpersonen, die Maturaquote, das HarmoS-Konkordat und der Lehrplan21 standen im Fokus des öffentlichen Interesses und wurden entsprechend auch von der Bildungsfachkommission aufgegriffen und eingehend diskutiert.

Am 15. August 2015 fand ein höchst interessanter Bildungsaustausch mit Regierungsrat Stefan Kölliker statt. Der gutbesuchte Anlass stand auch bildungsinteressierten SVP-Mitgliedern ausserhalb der Bildungskommission offen. In einem ersten Teil dieser Veranstaltung informierte der Bildungschef über aktuelle kantonale und interkantonale Themen, welche die St. Galler Schullandschaft in beträchtlicher Weise tangieren. Auch wurden an dieser Stelle die Strategie des Bildungsdepartementes und mögliche künftige Projekte ausführlich erläutert.

Zu reden gaben in einer daran direkt anschliessenden Diskussions- und Fragerunde insbesondere das HarmoS-Konkordat und die Maturitätsquote. Stefan Kölliker hat hier eine wahrhaftige Gratwanderung zu begehen und insbesondere als SVP-Regierungsrat sicherlich nicht immer den einfachsten und beneidenswertesten Stand.

Fast sämtliche anwesende SVP-Mitglieder äusserten sich sehr kritisch zum HarmoS-Konkordat. Man war sich einig, dass dieses Konkordat die kantonale Bildungshoheit in unangemessener Weise beschneidet und auch darin, dass sich die von den Befürwortern ursprünglich versprochenen Harmonisierungs-Effekte zwischen den einzelnen Kantonen nicht ansatzweise in einem positiven Sinn zeigen. Einhellig wurde die Meinung vertreten, dass sich der Kanton St. Gallen wieder aus diesem Korsett zu befreien hat, insbesondere im Hinblick auf die Frage nach der Anzahl Fremdsprachen auf der Primarstufe. Auch hierbei zeigt sich in der Diskussion ein deutliches Bild: Eine Fremdsprache in der Primarschule wäre das einzig Sinnvolle.

Genauso kritisch wie die HarmoS-Frage wurde auch die von verschiedenen Seiten geforderte Erhöhung der Maturitätsquote beurteilt. Die SVP steht für ein leistungsorientiertes Gymnasium und setzt sich entsprechend für eine weiterhin hohe Bildungsqualität ein. Diese Vorgabe lässt sich mit einer Erhöhung der Gymnasialquote nicht vereinbaren. Im Gegensatz dazu gilt es, das erfolgreiche und bewährte System der dualen Berufsbildung weiterhin zu stärken.

Im Herbst 2015 äusserte sich die SVP Bildungskommission auch zu einem Vernehmlassungsbericht der St. Galler Regierung, welcher die strukturelle Überprüfung und Anpassung im Führungsbereich der kantonalen Berufsfachschulen betrifft. Für die SVP ist eine leistungsstarke Berufsbildung von höchster Bedeutung. Hierbei spielen auch organisatorische und führungsbezogene Fragestellungen in Bezug auf die Berufsfachschulen eine grosse Rolle. Die regionale Verankerung der Berufsfachschulen ist für die SVP von höchster Wichtigkeit. Die Eigenverantwortung der Schule soll erhalten und gestärkt werden. Aus diesem Grund gilt es den Berufsschulen zugeteilten Aufsichtskommissionen im Milizsystem auch künftig den Rücken zu stärken. Es sollen weiterhin möglichst wenig direkte Führungsaufgaben an die kantonale Verwaltung delegiert werden. Die Bürokratie würde dadurch unnötig erhöht und damit auch die Qualität in einem negativen Sinn beeinträchtigt.

Die Fachkommission Bildung der SVP Kanton St. Gallen wird auch im aktuell laufenden Jahr die verschiedenen bildungspolitischen Aktivitäten im Kanton St. Gallen kritisch begleiten und sich wenn nötig in die Diskussion einschalten.

Sandro Wasserfallen, Kantonsrat, Präsident Fachkommission BLD



## Jahresbericht 2015 Fachkommission VD (Volkswirtschaftsdepartement)

Die SVP Landwirtschaftsgruppe hatte im Jahre 2015 diverse Anlässe und gab in den Nationalratswahlen den bäuerlichen Kandidaten eine gute Plattform. Die Waldwirtschaft musste durch den Frankenschock sofort reagieren. Eine nochmalige Preissenkung kann für die Waldwirtschaft das Aus bedeuten, wenn nicht kurzfristig die Politik auf neue Massnahmen eingehen wird. Nach jahrelangen Vorstössen von der SVP gegen unhaltbaren Zustände in der Regulierung des Wolfsbestandes ist heute ein Umdenken zu erkennen. Eine minimale Regulierung im Gastgewerbe durch einen Nachtrag im Gastwirtschaftsgesetz hatte trotz anfänglichen Bemühungen seitens der SVP im Kantonsrat keine Chance. Der zusätzliche Fleischschauer erhitzte die Gemüter und gab der Session die nötige Würze.

### Frankenschock und Sparmassnahmen belasten die Waldwirtschaft

Gleich nach der Freigabe des Wechselkurses Franken-Euro im Frühjahr 2015 musste die Waldwirtschaft reagieren und die Rundholzpreise um rund 15 Prozent nach unten korrigieren. Die Importe von Holz werden durch die Frankenstärke zunehmen und die Eigenproduktionen werden immer schwieriger. Die Sparmassnahmen durch Bund und Kanton verstärken die Abwärtsspirale und weitere Rationalisierungen sind bei der Holzernte kaum noch möglich. Die Politik ist hier gefordert, Massnahmen zu ergreifen, dass wieder vermehrt Schweizer Holz gekauft wird. Schweizer Holz wird nur zu 30 Prozent des gesamten Holzverbrauches in der Schweiz verwendet.

### Wölfe aus dem Calandarudel rissen am Valenserberg ein neugeborenes Kalb St. Galler beantragen Abschussbewilligung für Wölfe

Der Wolf hat in unserer dicht besiedelten Schweiz kaum Platz und die Konflikte zwischen Menschen, Nutztieren und dem Wolf sind sichtbar geworden. Durch die Rudelbildung und Vermehrung ist der Wolf nicht nur eine Belastung für die Nutztiere geworden, nein er ist auch in den Dörfern anzutreffen. Nach jahrelangen Vorstössen der SVP gegen die zugewanderten Wölfe haben nun die St. Galler und Bündner Regierungen beim Bund eine Abschussbewilligung eingeholt, welche am 21.12.15 von Bund erteilt wurde. Auslöser dafür war das Standesbegehren unserer Kantonsräte Walter Gartmann, Christof Hartmann und Markus Bonderer, auf Bundesebene die „Berner Konvention“ zu kündigen, und den Wolfbestand wie andere Wildtiere zu regulieren. Das Standesbegehren wurde in der Februar-Session 2016 mit 30 Ja zu 69 Nein bei 20 Abwesenden abgelehnt.

### Vernehmlassung Gastwirtschaftsgesetz und Versenkung im Kantonsrat

Der Kantonsrat hat mit einer knappen Mehrheit die Motion 42.14.02 überwiesen. Damit ist die Regulierung im Bereich des GWG zu stärken und die Marktzugangsbarrieren zu erhöhen. Ein Gesetzgebungsbedarf ist somit ausgewiesen. Die SVP ist der Meinung, dass eine gewisse Regulierung angebracht ist. Der Staat soll sich lediglich an den Vorgaben beim Prüfungsstoff und an den Vorbereitungskursen beteiligen. Die Branche kann sich in der Berufsausbildung weiterentwickeln und den Mitgliedern eine sehr gute Lösung anbieten. In der Beratung in der Februarsession 2016 war die Mehrheit des Kantonsrats der Auffassung, keine weiteren Regulierungen einzuführen.

### Fleischschauer neu zusätzlich

Eine Diskussion im Kantonsrat entbrannte bei der Frage zur Schaffung eines amtlichen Fachassistenten für die Fleischschau in den grossen Schlachthöfen. Weil die Schlachtzahlen in den vergangenen vier Jahren um 20 Prozent zunahmen, reichen die vorhandenen Kapazitäten nicht mehr aus. Die Stelle wird zu hundert Prozent eigenfinanziert und nicht dem Staat belastet. Dennoch hat die SVP die Stelle nicht einfach zusätzlich schaffen wollen, sondern wollte im Departement eine Stelle streichen, was ihr nach heftiger Diskussion auch gelang.

Walter Freund, Kantonsrat, Präsident Fachkommission VD

---

## Jahresbericht 2015 Fachkommission GD (Gesundheitsdepartement)

Im Berichtsjahr gab es eine **Vernehmlassung** aus dem Gesundheitsdepartement, zu dem sich die SVP des Kantons St.Gallen vernehmen liess: Das Hundegesetz aus dem Jahre 1985 soll überarbeitet werden. Wir begrüssen den Verzicht auf Rasselisten sowie die angedachte Aufgabenteilung zwischen Gemeinden und Kanton. Wir schlagen vor, dass den Jagdaufsichtsbehörden die gleichen Kompetenzen wie den Polizeiorganen erteilt werden und bei der Steuerpflicht zusätzlich die Hofhunde und Herdenschutzhunde von der Steuer befreit werden. Eine neue, zusätzliche Hundesteuer auf Stufe Kanton – CHF 20.00 bis CHF 70.00 pro Hund – lehnen wir ab. Diese Steuer würde dem Kanton Einnahmen zwischen CHF 560'000.00 und CHF 1'960'000.00 bringen. Der Kanton soll für seine Aufwände entschädigt werden; diese Aufwände sollen aber durch die Gemeinden durch eine Erhöhung der Hundesteuer auf Gemeindeebene abgegolten werden.

Im **Kantonsparlament** wurden 2015 folgende Vorlagen aus dem Gesundheitsdepartement abschliessend beraten:

### **Kantonales Konzept Palliative Care**

Das kantonale Konzept Palliative Care zeigt auf, welche Angebote im Bereich Palliative Care realisiert sind, wo sich Versorgungslücken zeigen und wie diese stufenweise behoben werden können. Mit dem Konzept werden die strategische Ausrichtung in der Angebotsgestaltung auf Kantonsebene definiert und die Grundlagen für eine systematische und angemessene palliative Versorgung für Patientinnen und Patienten aller Altersstufen (Kinder, Jugendliche, Erwachsene) gelegt. Zu jedem Themenfeld, analog zur Systematik der nationalen Strategie Palliative Care, wird das Entwicklungspotential im Bereich Palliative Care aufgezeigt und schliesslich werden zu priorisierende Themenbereiche vorgeschlagen, deren Umsetzung kurz- bis mittelfristig empfohlen wird. Zielsetzung ist es, sicherzustellen, dass Palliative Care in allen kantonalen und staatsbeitragsberechtigten Gesundheitsinstitutionen (Spitäler, Kliniken) im Kanton wie auch in den Betagten- und Pflegeheimen bedarfsgerecht angeboten werden kann.

### **Nachtrag zum Gesetz über die Spitalplanung und –finanzierung**

Die Regierung muss alle vier Jahre einen Wirksamkeitsbericht Spitalplanung über alle 3 Bereiche (Akut-somatik, Rehabilitation und Psychiatrie) vorlegen. Der Bericht wird dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Gestützt auf diesen Wirksamkeitsbericht legt der Kantonsrat auf Antrag der Regierung in einem separaten Kantonsratsbeschluss Grundsätze und Ziele der Spitalplanung für die nachfolgende Amtsdauer fest. Der Kantonsrat übt die Oberaufsicht über die stationäre Gesundheitsversorgung aus. Mit dem Instrument des Wirksamkeitsberichts soll der Kantonsrat in einer frühe(re)n Phase seine strategische Verantwortung in der Spitalplanung ausüben können.

Ende 2015, Anfang 2016 wurde im Kantonsrat eine Vorlage beraten, die nebst der Neubauvorlage der Spitäler im 2014 von besonderer Bedeutung und Tragweite ist:

### **III. Nachtrag zum Gesetz über die Spitalverbunde / Kantonsratsbeschluss über die Übertragung der Spitalimmobilien**

Die Spitalverbunde sind seit 2003 selbständige öffentlich-rechtliche Anstalten, die Spitalgebäude gehören aber immer noch dem Kanton. Auf den 1. Januar 2017 gehen 104 Gebäude mitsamt Boden an die Spitalverbunde über. Über ein Vorkaufsrecht des Kantons ist jedoch sichergestellt, dass der Boden nicht ohne weiteres veräussert werden kann.

Boden und Spitalgebäude werden für rund CHF 318 Mio. übertragen. Geld fliesst bei dieser Transaktion nicht. Es handelt sich um eine Sacheinlage, bei der das Dotationskapital (= Eigenkapital) der Spitalverbunde erhöht wird. Im Zusammenhang mit der Übertragung werden Anlagengesellschaften – als Tochtergesellschaften der Spitalverbunde – gegründet, in welche die Immobilien eingebracht werden.

---

Der Kanton verliert bei einer Übertragung zwar Mieteinnahmen, dafür ist er auch nicht mehr für die Erneuerung und Sanierung der Spitalimmobilien zuständig. Die Verantwortung dafür liegt neu bei den Spitalverbunden. Damit die vom Kantonsrat und den Stimmbürgern bereits genehmigten Bauvorhaben ohne Verzögerung realisiert werden können, stellt der Kanton den Spitalverbunden verzinsliche und rückzahlbare Darlehen zur Verfügung.

Die Immobilienübertragung führt beim Kanton zu einem einmaligen Aufwertungsgewinn, da Boden und Gebäude in dessen Bilanz sehr tief bewertet sind. Der Aufwertungsgewinn von rund CHF 305 Mio. wird dem freien Eigenkapital des Kantons zugeschlagen. Abgesehen davon sind die langfristig zu erwartenden finanziellen Auswirkungen für Kanton und Spitalverbunde weitgehend neutral, da die Spitalverbunde bei der bisherigen Mietlösung die vom Kanton getätigten Investitionen über die Miete zurückbezahlt haben.

Die Übertragung ist aufgrund der neuen Spitalfinanzierung ein konsequenter Schritt. Nur mit einer Übertragung der Immobilien können die Spitalverbunde rasch und flexibel auf Veränderungen im Gesundheitswesen reagieren. Sie verfügen damit im zunehmenden Wettbewerb über gleich lange Spiesse wie private Anbieter oder benachbarte ausserkantonale Spitäler und geraten nicht ins Hintertreffen. In den meisten Kantonen wurden die Spitalimmobilien denn auch bereits übertragen.

Die Einflussnahme von Regierung und Kantonsrat wird nach erfolgter Übertragung über verschiedene Genehmigungsvorbehalte und über eine Eigentümerstrategie sichergestellt. Ausserdem bleibt der Kanton indirekt Eigentümer; die Spitalverbunde gehören ihm zu 100 Prozent.

Christof Hartmann, Kantonsrat, Präsident Fachkommission GD

## Jahresbericht 2015 Fachkommission DI (Departement des Innern)

Die Fachgruppe DI der SVP Kanton St. Gallen darf wiederum auf ein interessantes Jahr 2015 zurückblicken. Das Departement des Innern des Kantons St. Gallen umfasst sieben Abteilungen. Dies sind:

Amt für Bürgerrecht und Zivilstand / Amt für Gemeinden / Amt für Soziales / Amt für Kultur / Stiftsarchiv / Konkursamt / Amt für Handelsregister und Notariate.

Zu zwei Sachfragen hat sich die Fachgruppe im 2015 vernehmen lassen.

- a) Nachtrag zum Gemeindegesetz
- b) Aufhebung spezialgesetzlich geregelter Genehmigungspflichten allgemeinverbindlicher Reglemente

Mit diesem Nachtrag zum Gemeindegesetz wurde das Rechnungslegungsmodell der Gemeinden des Kantons St. Gallen (abgekürzt RMSG) von HRM1 auf HRM2 bzw. RMSG umgestellt und somit in wesentlichen Teilen der Privatwirtschaft angepasst. Nachfolgend die Eckpunkte dieser Revision:

Die Rechnungslegung erhält allgemein verständliche Begriffe, z.B. Budget statt Voranschlag oder Bilanz statt Bestandesrechnung. Der Kontenrahmen wird an die aktuellen Anforderungen angepasst. Branchenlösungen für spezifische Aufgabenbereiche werden zugelassen. Die zweistufige Erfolgsrechnung weist das operative Ergebnis und die Reservenveränderungen getrennt aus. Das Verwaltungsvermögen wird linear über vergleichbare, nutzungsorientierte Abschreibungsdauern beschrieben. Eine Konsolidierung ist vorzunehmen, wenn ohne Konsolidierung der Überblick über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und die finanziellen Risiken nicht möglich ist. Die Jahresrechnung enthält neu eine Geldflussrechnung. Die neue Reserve für den Werterhalt des Finanzvermögens bezweckt zum einen die Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung zukünftiger Unterhalts- und Erneuerungsarbeiten und zum anderen den Ausgleich von Wertschwankungen des Finanzvermögens. Die neue Ausgleichsreserve dient dem flexiblen Ausgleich von kurzfristigen Schwankungen im Interesse einer nachhaltigen Finanz- und Steuerfusspolitik. Das Finanzvermögen wird zum Verkehrswert bilanziert und periodisch neu bewertet.

Beim Übergang von HRM1 auf RMSG muss das Finanzvermögen neu bewertet werden, das Verwaltungsvermögen kann ganz oder teilweise aufgewertet werden.

Die Fachgruppe DI hat diesen Nachtrag zum Gemeindegesetz grossmehrheitlich unterstützt. Dadurch werden die Rechnungslegungen von Bund, Kantonen und Gemeinden weiter vereinheitlicht. HRM2 bringt eine verbesserte und logischere Darstellung der funktionalen und volkswirtschaftlichen Gliederung und damit eine Angleichung an das privatwirtschaftliche Rechnungswesen. Sie stellt die finanziellen Reserven der Gemeinden offen dar und ermöglicht so eine möglichst tatsächliche Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der öffentlichen Körperschaften. Ein Nachteil sieht die Fachgruppe für die kleinen Körperschaften oder Kooperationen. Viele Gemeinden kennen die Dorf- oder Wasserkooperationen. Meistens Kleinstorganisationen im Ehrenamt, welche aber im Gemeinwesen eine ganz wichtige Funktion übernehmen. Für diese Organisationen ist eine solche Rechnungslegung nicht angebracht und verhältnismässig.

Im Jahre 2008 wurde das Gemeindegesetz im Kanton St. Gallen einer Totalrevision unterzogen. Ein ganz zentraler Punkt dieser Revision war, dass die Gemeindeautonomie gestärkt werden soll. Dazu gehörte, dass die Gemeinden nicht mehr jedes Reglement beim zuständigen Departement im Kanton prüfen und genehmigen lassen müssen. Schon bei der Einführung des neuen Gesetzes wurden verschiedene solche Genehmigungspflichten abgeschafft. Im 2015 wurde eine weitere Tranche solcher Reglemente überprüft und der Vorschlag unterbreitet, dass diese Reglemente von den Gemeinden nicht mehr bei der kantonalen Verwaltung genehmigt werden müssen. Namentlich sind dies:

- 
- Kurtaxenreglemente
  - Vereinbarungen zwischen Gemeinden zur Erfüllung bestimmter Aufgaben des Feuerschutzes
  - Gebührenordnung für besondere Massnahmen zur Reduktion von Gefährdungen im Feuerschutz
  - Gebührenordnung für wiederkehrende Gebühren zur Gewährleistung der Einsatzbereitschaft im Feuerschutz

Die Fachgruppe hat diese Gesetzesänderungen unterstützt. Die SVP setzt sich stark für die Stärkung der Gemeindeautonomie ein. Umso näher beim Bürger umso besser, ist ein zentraler Punkt unserer Politik.

An dieser Stelle gehört allen Mitgliedern der Fachgruppe DI ein recht herzliches DANKESCHÖN für die Mitarbeit im 2015.

Linus Thalmann, Kantonsrat, Präsident Fachgruppe DI